

Antrag 2015-250_28 von Jürg Degen betreffend die Aufhebung der Reduktion im Bereich der Kulturförderung BL. Erhöhung des Beitrags um CHF 390'000

Konto/Kontogruppe: 363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte

Direktionen/Dienststelle: BKSD, Amt für Kultur (P2512)

CHF +390'000

Antrag des Regierungsrates: Ablehnung

Antrag der Finanzkommission: Ablehnung

Jürg Degen (SP) erklärt, dass der Budgetantrag die Rücknahme der Kürzung von 390'000 Franken im Bereich Kulturförderung fürs Jahr 2016 verlange.

«Der Kanton Basel-Landschaft gestaltet zielgerichtet die Rahmenbedingungen für das kulturelle Leben in der Region Basel. Eine aktive und verantwortliche Kulturpolitik hat eine hohe gesellschaftspolitische Relevanz und muss sich an der Bedeutung, die Kunst und Kultur aus sich selbst heraus für die Gesellschaft haben, orientieren, unabhängig vom ökonomischen Nutzen oder von Standortfragen. Sie hat die Aufgabe, in Kunst und Kultur Unerwartetes, Innovatives und Experimentelles zu fordern und zu fördern».

So steht es auf der Website des Kantons. Eigentlich ist dem nichts mehr beizufügen. Mit der vorgeschlagenen Kürzung der Kulturförderung wird der Leitsatz jedoch mehr als in Frage gestellt. Die Aufgabe der Regierung ist es also, Kunst- und Kulturschaffen im Kanton und in der Region zu unterstützen. Das Parlament hat dies mit der Verabschiedung des Kulturgesetzes im Sommer 2015 deutlich bestätigt. Die vorgeschlagene Schwäche des Förderbereichs ist unverhältnismässig, nicht seriös und kann nicht im Sinne des verabschiedeten Gesetzes sein. Die öffentliche Hand hat den Auftrag, für Vielfalt, Kontinuität und Qualität zu sorgen und Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Kunst und Kultur stattfinden kann. Nachdem mit einer Absprache zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Kürzung bei der Kulturpauschale nun nicht stattfindet, ist es besonders stossend, dass bloss die Kulturschaffenden des Landkantons Sparopfer sein sollen. Das in einem Kanton, in dem die Bevölkerung erst kürzlich ein klares Bekenntnis zu einem selbstbewussten und selbständigen Kanton abgelegt hat.

Es darf nicht sein, dass Kulturschaffende einen Standortnachteil haben, nur weil sie im Baselbiet wohnen. Der Abbau steht auch in komplettem Widerspruch zum eigentlichen Ansinnen des Kantons, nämlich insbesondere dem, die basellandschaftliche Kultur zu fördern. Als Beispiel sei das Landkino genannt: in Zukunft muss man aus dem Oberbaselbiet in die Stadt, um das tolle Angebot an hochstehenden Filmen ansehen zu können. Es droht eine Verödung des kulturellen Angebotes, vor allem in den Randregionen. Eine noch grössere Konzentration kultureller Leistungen in der Stadt - will das der Landrat? Von Georges Thüring, Co-Präsident der Parlamentarischen Gruppe Kultur, möchte der Votant wissen, wie er das sieht, denn bisher seien sie sich doch immer einig gewesen, dass das Kulturleben im Baselbiet gefördert werden müsse. Kultur ist Bestandteil des Lebens, Grundbedürfnis und Teil der Identität und fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den interkulturellen Austausch. Auch ist sie wichtig für eine funktionierende Demokratie. Sie bringt Mehrwert und ist bedeutend für den wirtschaftlichen Standort. Investitionen in die

hiesigen Künstlerinnen und Künstler lohnen sich. Fast jeder in die Kultur investierte Franken wird wieder ausgegeben mit Ateliermieten, Material, Dienstleistungseinkauf und generiert einen Mehrwert, der sich nicht alleine in Geld messen lässt. Es ist nicht zu verstehen, warum man Investitionen in die Kultur nicht auch als Investitionen in die Wirtschaftsregion versteht. Es sollte auf die Kürzung in die Kulturförderung verzichtet und dem Antrag zugestimmt werden. Die Kürzung von 390'000 Franken bringt eine minimale Einsparung, verursacht jedoch einen maximalen Schaden in der Baselbieter Kulturlandschaft.

Georges Thüring (SVP) sagt, er gebe Jürg Degen gerne eine Antwort. Diese sein aus seinem Inneren und selbstverständlich sei er für die baselbieter Kultur, was bekannt sein dürfte. Trotzdem sollte das Geld für die Kultur nicht nach Basel geschickt werden. In dem Punkt hat die Linke die Rechte auch nicht unterstützt. Was das angeht, will diese einfach weiterhin Geld nach Basel schicken und den Stadtkanton unterstützen, was ihnen offenbar keine Rolle spielt, obwohl das Geld abfließt und dann im Landkanton fehlt. Darum muss schon gefragt werden, ob es nicht besser wäre, einen oder gar 50 Franken mehr zu bezahlen, um ein Theaterstück zu besuchen, weil es einem das wert ist. Man könnte es sich auch leisten, wenn endlich damit aufgehört würde, Geld nach Basel zu schicken. Dass die eigene Kultur nicht ausgebaut werden kann, ist ein schwerer Entscheid, das ist sicher.

Florence Brenzikofer (Grüne) bestätigt, was Jürg Degen bereits gesagt hat, dass mit der Einsparung von knapp 400'000 Franken ein maximaler Schaden angerichtet werde. Die Sparmassnahme trifft die Baselbieter Kulturinstitutionen, die Baselbieter Kulturschaffenden und die Baselbieter Kulturkonsumentinnen und -konsumenten. Es wird ein grosser Schaden angerichtet und es wird mit dieser Sparmassnahme jahrzehntelange Aufbauarbeit kaputtgespart. Besonders drastisch trifft es auch die Nachwuchsförderung. Das kann die Grüne/EVP-Fraktion nicht zulassen. Auch der jüngste Nachwuchs ist auf Unterstützung angewiesen und sicherlich kennt jedermann einen Kulturschaffenden aus der Region. Jeder weiss, wie schwierig es ist, den Spagat zu machen, zwischen dieser Tätigkeit und einem eventuell anderen Standbein. Genau diese Personen sind besonders stark betroffen. Die SP-Fraktion möchte eine vielseitige Kulturszene im Kanton Baselland. Kultur ist für die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft wichtig und existentiell für ihr Weiterkommen. Deshalb sollte der Betrag von 390'000 Franken gesprochen werden, damit auch die Baselbieter Kultur weiter fortbestehen kann.

Christoph Hänggi (SP) macht Georges Thüring darauf aufmerksam, dass es die Regierung gewesen sei, die beschlossen habe, den Kulturvertrag weiter zu führen, nicht die Ratslinke. Da müsse er sich an die Regierung wenden. Aber die SP-Fraktion findet es gut, dass die Regierung weiterhin zur Partnerschaft mit Basel-Stadt steht. Trotzdem sollte bei der Spardebatte zur Kultur eine Ausnahme gemacht werden. Vor einigen Jahren wurde über das Kulturleitbild und über das Kulturgesetz gesprochen. Und was wurde da nicht alles seitens der FDP-Fraktion gefordert. Die Kultur im Baselbiet solle entwickelt werden, Schwerpunkte im Kanton gesetzt, die eigene Identität unterstützt und auch Kultur auf dem Land sollen möglich gemacht werden. Es gibt ja auch Kultur auf dem Land. Nebst der Kantonsbibliothek ist das Theater in Dornach zu nennen, welches vor einigen Monaten vom Kanton Solothurn mit finanzieller Unterstützung des Kantons Baselland aus dem Boden gezaubert wurde. Das ist Kultur auf dem Land, im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Land verwurzelt, weil nämlich tief in den Boden hineingebaut. Was hier exemplarisch für die Theaterszene dargestellt wird, gilt ebenso für andere Kulturbranchen. Es gibt nämlich sehr gute kulturelle

Projekte, welche mit dem heutigen Entscheid unter Umständen zerstört werden. Es war damals in der Kulturdebatte die Idee, dass die Region als Gegenpol zur Stadt kulturell entwickelt wird. Das kam nicht von der SP-Fraktion aus, sondern von der FDP-Fraktion. Heute nun zerstört diese Fraktion mit dem Entscheid genau das, was sie ursprünglich wollte. Die SP-Fraktion sah die Region immer als ganze Region und freut sich, dass sie in der Entwicklung nach wie vor in Richtung Basel-Stadt steht, aber wünschenswert wäre, dass beides gemacht würde. Es ist sonst ein etwas seltsames Verständnis eines Kantons, wenn hier bei der Kultur der Kanton seine Identität nicht leben darf. Schlussendlich muss auch noch einen Schritt weiter gedacht werden, nämlich, dass nach einem solchen Entscheid niemand eine neue Fusionsdebatte möchte.

Es soll also das Licht gelöscht werden. Mittels Reduktion beim Kunstkredit wird mit dem noch vorhandenen Betrag kaum ein Schritt mehr möglich sein. Auch die Reduktion oder die Auslöschung der Wintergäste wurde angestrebt. Die Wintergäste werden weitergeführt, jedoch auf privater Basis, das war so auch vorhersehbar. Hans Furer hat hier eine Trägerschaft gefunden, respektive ist daran, eine zu finden. Aber sie protestieren in dem Sinne, dass sie im Kanton Baselland keine Veranstaltungen mehr durchführen werden. Will der Landrat, dass der Kanton Baselland ein schwarzer Fleck in Sachen Kultur wird? Die Beiträge für Art TV werden gestrichen und auch Weiteres wird «abgelöscht», es wurde von den Kulturschaffenden entsprechend aufgelistet. Seitens der BKSK wurde gesagt, es gäbe den Swisslos Fonds, welcher das auffangen könne, weil projektorientiert Gelder bezogen werden können. Das ist jedoch nicht die Lösung. Die hier angestrebte Lösung lässt eine Arbeit immer nur von Jahr zu Jahr zu oder sogar nur von Monat zu Monat. Doch die Künstler wollen auch Sicherheit, so wie wir alle. Niemand lässt sich auf ein Jobangebot ein, bei dem ihm drei Monatslöhne zugesichert werden und er dann weiterschauen muss. So sollte mit niemandem umgegangen werden. Sicherheit kann nur über den Budgetantrag wiederhergestellt werden. Darum sollte sich jeder einen Ruck geben, es geht ja schliesslich nicht um Millionen, und den Antrag von Jürg Degen unterstützen.

Stefan Zemp (SP) erzählt, dass es im Baselbiet einmal einen Traugott Meier gegeben habe, der sagte: «reich mir die Axt und gib ihm». Wer der Ratsrechten, der sich mit dem Baselbieter Dialekt identifiziert, weiss überhaupt noch, wer «s Bodenbrechts Miggel» war? Niemand weiss das. Vielleicht noch Susanne Strub aber sie ist grad nicht im Saal, weil sie *[Susanne Strub betritt den Saal, Gelächter]* - hier ist sie ja - einmal im Jahr die letzte übrigbleibende Fasnachtszeitung des Baselbietes, den «Glöggeliwagen» in Sissach kauft. Dort drin ist regelmässig «s Bodenbrechts Miggel» zitiert. Oder es kann die Brücke zur heutigen Zeit geschlagen werden, zur Basler Zeitung. Darin gibt es heute eine Mundartglosse. Die Dialektik wird also gepflegt. Das ist Kultur und der Grund, woraus Identität geschöpft wird. Und genau die, welche vor Jahren reihenweise gerannt sind, um Höhenfeuer aufzubauen und «unser Baselbiet» zu schreien, denen fehlt es heute an Identifikation und diese wollen sie nun wegsparen.

Die Handelskammer Baden Württemberg hat vor drei Jahren eine Studie herausgegeben, das sollen die Kollegen der FDP-Fraktion wissen. Dort wurden die Zusammenhänge erkannt, dass die Menschen, welche hierhin kommen, um hier hochwertige Arbeitsstellen zu besetzen, ein gewisses Bildungsbürgertum darstellen, welches genau darum hierhin kommt, weil es ein kulturelles Angebot gibt. Regierungsrätin Monica Gschwind hat gross in den regionalen Medien erzählt, die regionale Kultur zu stärken mit den Schlagworten «Marabu»,

«Schlachthaus», «Palazzo». Darauf erhielt Baselland 80 Millionen Franken von Basel-Stadt, um seine Verpflichtungen mit der Kulturpauschale und dem Univertrag einhalten zu können. Und jetzt hat der Kanton die 80 Millionen und spart dafür die Kultur weg. Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Zudem hat Kultur immer auch etwas mit Provokation zu tun. Deshalb hat der Votant einen Hammer und eine Sichel dabei. Weil Verstehen auch etwas mit Begreifen zu tun hat. Wenn mit dem Hammer auf den Ziegelstein geklopft wird, ist es «verkachelt». *[Gelächter]* Dem Budgetantrag sollte zugestimmt werden.

Hanni Huggel (SP) sagt, sie komme aus dem unteren Teil des Baselbietes, sehr nahe bei Basel und habe immer ein wenig Mühe, wenn grundsätzlich zwischen Basler und Baselbieter Kultur unterscheiden werde. Kultur kennt keine Grenzen und Kultur ist ein ganz wichtiger Teil in der Gesellschaft, damit über den eigenen Nasenspitz hinausgeschaut werden kann, dass nicht immer alles bloss nach wirtschaftlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten betrachtet wird, sondern, dass auch etwas fürs Gemüt vorhanden ist. Beeindruckend ist die von den Kulturschaffenden erstellte, sehr übersichtliche Broschüre, welche gut aufzeigt, was diese leisten und was abgebaut wird. Ihnen gehört ein grosses Kompliment, dass sie sich zusammengefunden haben und sich in solidarischer Weise zum Zusammentragen dieser Informationen fürs Parlament engagiert haben. Darum sollte dem Betrag unbedingt zugestimmt werden.

Elisabeth Augstburger (EVP) sagt, auch sie könne sich noch gut erinnern, als vor ein paar Jahren über das Kulturleitbild diskutiert wurde. Beim Nachdenken über das Thema kam auch das Bewusstsein, wie viel Zeit und Geld bereits investiert wurde. Da ist es doch fraglich, ob nun so viel investiertes Geld nun einfach so die Ergolz oder den Rhein hinunter gelassen werden sollte.

Florence Brenzikofer (Grüne) ergänzt, dass sie noch eine Frage an die Regierung stellen möchte. Wie in den Ausführungen gelesen und gestern vom Regierungspräsidenten gehört, sei dies eine Sparmassnahme «mit Augenmass und Sorgfalt». Wie aber bekannt ist, ist die Kürzung beim Kunstkredit Dreiviertel des ursprünglichen Betrages für das Jahr 2016, er wird nämlich von heute 190'000 Franken auf 50'000 Franken reduziert. Auf das Jahr 2017 soll er dann wieder auf 100'000 Franken erhöht werden. Da fragt man sich doch, welche Strategie dahinter steckt, wenn im kommenden Jahr auf 50'000 Franken heruntergefahren wird, zugleich aber für 2017 ein «Trostpflasterli» angekündigt wird. Die Antwort darauf von Regierungsrätin Monica Gschwind wäre interessant zu kennen.

Paul Wenger (SVP) betont, dass es tatsächlich so sei, dass wenn der Kopf rund sei, die Gedanken kreisen können. Vielleicht können sie auch einmal zu anderen Schlüssen kommen. Es haben Verschiedene Geld gefordert oder fordern Geld des Kantons für Kultur. Es gäbe aber eine Alternativvariante: auch in der Gemeinde Reinach, welche der Votant aus eigenem Engagement in der Gemeindepolitik gut kennt, gehen täglich Schreiben ein, in denen die Absender Geld der Gemeinde wollen, so auch Kulturschaffende. Die Gemeinde Reinach ist sich ihrer Verantwortung als Gemeinde im Birseck selbstverständlich bewusst und bezahlt einen sechsstelligen Betrag an Kulturschaffende in der Region, auch nach Basel und nach Dornach. Wenn man sich vorstellt, dass der Kanton Baselland über 80 Gemeinden zählt und die Landräte alle in einer dieser Gemeinden wohnen und dort zum Teil noch in der Lokalpolitik tätig sind, könnten diese die Gemeinden dazu bewegen, einen bestimmten Betrag (nach dem Vorbild Reinachs) fix in einen Topf einzubezahlen. Dann ist der Betrag von

390'000 Franken sehr schnell zusammen. Vielleicht müsste auf kommunaler Ebene eine alternative Finanzierungsvariante aufgebaut werden und das Geld, welches momentan der Kanton ausbezahlt, punktuell via Gemeinden auszubezahlen. Vielleicht könnte dies einmal angedacht werden, das wäre sicherlich finanzierbar.

Rahel Bänziger (Grüne) betont nochmals, Kultur habe keine Grenzen, wie bereits gehört. Aber die, welche die Grenzen ziehen, sollten sich den Vorschlag zu Herzen nehmen, sich nicht darüber zu beklagen, dass Basel-Stadt eine florierende Kultur hat und diese auch fördert und dies eine grosse Magnetwirkung hat. Viel eher sollte man sich auf die eigene Kultur besinnen und diese leben und fördern, denn nur dann kann man auch stolz sein auf die kulturellen Sachen, welche es hier gibt. Dazu müssen sie aber unterstützt werden und man muss nicht neidisch auf die anderen zeigen, welche etwas haben, aber auch etwas dafür tun. Darum sollte es dem Parlament wert sein, das Geld einzusetzen. Was die Gemeinden angeht, ist es zwar schön, dass Reinach eine solche Vorreiterrolle innehat. In Binningen ist nur leider die Zusammensetzung im Einwohnerrat in etwa dieselbe wie die im Landrat und somit kommen solche Anträge nie durch. Die grundsätzliche Idee ist jedoch gut, dass die Gemeinden etwas machen sollen, das der Landrat nicht tut.

Was das Sponsoring für Kulturschaffende angeht, ist das ein sehr schwieriges Thema. Wie gehört, kann Swisslos angefragt werden. Die Votantin singt in einem Kammerchor mit. Musik ist ja allgemein als Kultur anerkannt, auch in weiteren Kreisen. Trotzdem kann sie aus eigener Erfahrung sagen, dass es sehr schwierig ist, für Konzerte Sponsoren zu finden und allgemein Leute, die das unterstützen, denn viele Leute springen ab, auch die Industrie. Mit dem Mitgliederbeitrag können die steigenden Kosten nicht aufgefangen werden. Darum wäre es schön, sich auf die Kultur, die es gibt, zu besinnen, sie zu fördern und zu unterstützen, damit sie gedeihen kann, und dem Budgetantrag zuzustimmen.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) erklärt, dass Kultur ein unverzichtbarer und alltäglicher Bestandteil der Gesellschaft sei und besonders in diesen herausfordernden Zeiten zum Zusammenhalt und zur Identität der Region beitrage. Die Finanzstrategie des Regierungsrates führt aber dazu, dass die Zielsetzungen auch im kulturellen Bereich mit weniger Mitteln erreicht werden müssen. Der kulturelle Bereich war im Entlastungspaket 2012/15 bisher weitgehend ausgenommen. In der Zwischenzeit hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zusammen mit dem des Kantons Baselland eine Vereinbarung getroffen, welche eine Fortführung des Kulturvertrags bis 2019 ermöglicht.

Verständlicherweise entsteht nun der Eindruck, dass Basler Institutionen gerettet werden, während einseitig zulasten Baselbieter Kulturschaffender gespart wird. Wichtig ist aber, zu betonen, dass dank dieser Vereinbarung mit Basel-Stadt Sparvorgaben im Bereich des Kulturvertrages in den Jahren 2016-19 auch tatsächlich erbracht werden. Bei der Umsetzung der Sparvorgaben im Kanton Baselland war es wichtig, dass alle Sparten in der Region weiterhin bestmöglich unterstützt werden und die eingegangenen Subventionsvereinbarungen nicht gekündigt werden müssen. Der Handlungsspielraum war deshalb sehr klein.

Weiter wurde sehr grosser Wert darauf gelegt, dass die Kürzungen gestaffelt und so erfolgen, dass eine gewisse Übergangs- und Reaktionszeit für die betroffenen Gefässe gewährt werden kann. Wichtig ist auch, dass Künstlerinnen und Künstler sich auch weiterhin von Beiträgen aus dem restlichen Kunstkredit aus dem Projektbudget der Abteilung

Kulturelles oder aus dem Swisslosfonds bewerben können, so, wie dies in allen anderen Sparten auch der Fall ist. So können beispielsweise Beträge an die Herstellungskosten oder kleinere und grössere Ausstellungen im Kanton auch weiterhin bewilligt werden. Ausstellungen und Kunstprojekte in der Region werden also wie bisher auch künftig unterstützt. Ausserdem stellt der Kanton ein kulturelles Grundangebot bereit, indem er zum Beispiel die Kunsthalle «Palazzo» in Liestal oder Beiträge an das Kunsthaus Baselland in Muttenz beträchtlich spricht und Betriebsbeiträge ausrichtet. Im Budget der Abteilung Kulturelles sind weiterhin umfangreiche Mittel für Kunst- und Kulturprojekte im Kanton Baselland, von zirka 2,7 Millionen Franken, vorhanden. Die Projektausschüsse bleiben für alle Sparten weiterhin bestehen und prüfen jedes Gesuch sehr sorgfältig.

Zur Region kann gesagt werden, dass weil Schwerpunkte gesetzt werden, die Vergaben auf die Region konzentriert werden. Zum Beispiel werden Beiträge an Tourneen und Ausstellungen ausserhalb der Region sistiert. Auch werden Atelieraufenthalte im Ausland stark reduziert und Eigenproduktionen abgeschafft. Das alles ermöglicht, dass mehr Mittel in der Region zur Verfügung stehen.

Zur Frage von Florence Brenzikofer, dass die Sparmassnahme mit Augenmass umgesetzt wurde, wird anhand einer Tabelle ([siehe Beilage 1](#)) erklärt, dass alle Fördergefässe berücksichtigt wurden und geschaut, wie es geschafft werden kann, dass etwas nicht gerade «abgeklemmt» werden muss und es einen guten Übergang geben kann. Für 2016 musste, damit gewisse Gefässe nicht gekündigt werden mussten, dem Kunstkredit ein grösserer Betrag von 140'000 Franken gekürzt werden. Wenn aber genau geschaut wird, was wann und wie noch angeboten wird, wird es möglich sein, im Budget 2017 den Kunstkredit wieder aufzustocken. Auf der Tabelle sieht man, wie die Beiträge sich laufend verändern und wie sehr genau geplant wurde, wie die Sparmassnahme von 630'00 Franken umgesetzt werden soll. Ein Landkino zum Beispiel wird weiterhin die Gelegenheit haben, über den Swisslosfonds ein Gesuch zu stellen. Ebenso zum Beispiel das Festival der Neuen Musik in Rümlingen, das ist das einzige Festival, welches bis jetzt direkt subventioniert wurde. Alle anderen Festivals müssen sich über den Swisslosfonds bewerben. Es ist nun vielleicht etwas unangenehm für die Verantwortlichen des Festivals, dass sie künftig auch via Swisslosfonds gehen müssen, aber das ist mit allen Beteiligten vorbesprochen, auch mit den Verantwortlichen, welche Gelder im Swisslosfonds vergeben. Wie bereits gesagt, es ist vorgespurt, was möglich war und die Regierung ist überzeugt, dass die Sparmassnahme mit Augenmass umgesetzt wird.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass natürlich die Massnahmen im Kulturbereich bedauert werden. Aber angesichts der Finanzsituation des Kantons sind sie unabdingbar. Vor diesem Hintergrund sollte der Budgetantrag abgelehnt werden.

::: Der Landrat lehnt den Budgetantrag 2015/250_28 mit 45:37 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. [[Namenliste](#)]